

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. August 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat August 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Geldmark berechnet; die einmalige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt; 10 Pfg. außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Reklameweile 150 Pfg. außerhalb 200 Pfg. Abfertigungsgebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorzuschießung.

Schriftleitung und Hauptverlag: Marienstraße 33/34. Druck u. Verlag von Ueppich & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**THÜRMER-FLUGEL-PIANOS**  
Kunstspielplanos  
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat  
**Meißen i. Sa., Martinstraße 12**

**ALBERT PRESCH**  
Leinen • Tischzeuge • Wäsche-Ausstattung  
beliefern Sie nur erstklassig — aber trotzdem sehr preiswert!  
Rosmaringasse 4 (früher Wallstraße 11)

**Oefen und Herde**  
kauft man preiswert im Fachgeschäft  
**Chr. Garms** Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingenstr. 13  
Fernsprecher: 10202 Nähe Postplatz.  
Kochanlagen für Großbetriebe — Kohlen- und Gas-Herde — Dauerbrand-Oefen — Ersatzteile.

## Deutschlands Haltung in Genf.

### Berschiebung der Entscheidung über weitere Ratsstige bis nach dem Eintritt Deutschlands? Neue Verhandlungen v. Hoejch' mit Briand. — Sensationelle Sekmeldung des „Evening Standard“ über deutsche U-Boot-Pläne.

**Die Verhandlungen im Außenaußschuß.**  
Berlin, 26. August. Von politischer Seite wird zu den heutigen Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses mitgeteilt: Der Außenminister hat in seinen vertraulichen Ausführungen die Lage ziemlich optimistisch dargestellt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß sich, soweit Deutschland in Betracht kommt, tatsächlich in den letzten Tagen Anzeichen einer sehr vorsichtigen Taktik der Ratsmächte gezeigt haben. Man will auf jeden Fall die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in der September-Tagung erreichen, weil der Völkerbund sonst in seinem Ansehen sehr schweren Schaden erleiden würde und weil man die Mitwirkung Deutschlands bei einer ganzen Reihe von wichtigen Beratungen der nächsten Zeit, insbesondere über die Abrüstung, wünscht.

Diese vorsichtige Haltung gegenüber Deutschland hängt sicher damit zusammen, daß man Deutschland bereits an der Entscheidung um den Streit über die Ratsstige in der Form beteiligen will, daß man Deutschland zunächst aufnimmt und dann erst über die Ratsstige verhandelt.

Diese taktische Abicht geht auch aus den Meldungen spanischer Blätter hervor, wonach Spanien Deutschland keinerlei Schwierigkeiten machen würde, auch wenn die Ratsstige noch nicht geklärt sei. Das würde praktisch bedeuten, daß Deutschland mit einem ständigen Ratsstige aufgenommen werde und daß die Studienkommission ihre eigentlichen Beratungen erst nach dem 8. oder 9. September wieder aufnimmt, und zwar unter nammehr verantwortlicher Mitwirkung Deutschlands. Wenn diese Situation, die die deutsche Regierung offenbar noch durch Gegenmaßnahmen in Genf zu verhindern hofft, eintreten sollte, würde Deutschland nach der Aufnahme in den Völkerbund vor der Frage stehen, ob es eine Veränderung der bisherigen Beschlüsse der Studienkommission in der Richtung ausgeben kann, daß Spanien und vielleicht auch Polen mit sogenannten halbständigen Ratsstigen aufgenommen werden.

In den bisherigen Besprechungen scheint Deutschland an dem Kompromiß der Studienkommission festgehalten und Änderungen zugunsten der Schaffung halbständiger Ratsstige abgelehnt zu haben.

Ob dieser Standpunkt nach einer Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gegenüber Spanien aufrechterhalten werden kann, ist zweifelhaft. Gegenüber Polen scheint die deutsche Regierung dagegen vorläufig an dem Kompromiß

festhalten zu wollen, als Deutschland auf keinen Fall daran beteiligt sein will, wenn Polen besondere Garantien für eine Wiederwahl als nicht-ständiges Mitglied des Rates gegeben werden sollten. Von deutschnationaler Seite wurde in den Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses sehr deutlich darauf hingewiesen, daß die Entscheidung über den Eintritt in den Völkerbund nicht nur von einer mehr oder minder kompromißartigen Lösung des Streites um die Ratsstige und von der Ueberwindung der noch bestehenden diplomatischen Schwierigkeiten abhängig gemacht werden könnte, daß vielmehr für die letzte Entscheidung über die Entscheidung einer deutschen Delegation nach Genf allgemeine politische Gesichtspunkte maßgebend sein müßten. In der Frage der

Militärkontrolle wies der Minister darauf hin, daß in den diplomatischen Verhandlungen über die Beendigung der Militärkontrolle bis heute über die Forderung der Völkerbundkonferenz, die sich auf Generaloberst v. Seeckt bezieht, noch keine Einigung erzielt ist. Außerdem ist noch keine Klarheit darüber erreicht, ob wirklich die Völkerbundkonferenz entgegen den Bestimmungen des Vertrages von Versailles vor Aufhebung der Kontrolle bestimmte Maßnahmen über die Ausbildung der Reichswehr durchsetzen will. Weiter ist noch nicht zu übersehen, wann die Militärkontrolle der Entente beendet wird, und endlich ist noch keine Klarheit darüber geschaffen, ob etwa an die Stelle der Militärkontrolle der Entente die im Vertrag von Versailles vorgesehene Kontrolle des Völkerbundes im Rahmen des sogenannten Investitionsprotokolls treten soll.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nahmen die Abgeordneten Dernburg (Dem.), Stöcker (Komm.), Dr. Bredt (Wirtsch. Vereinigung), Wallraf (D.-N.), Dr. Hilferding (Soz.) Graf Reventlow (Völk.), Dr. Scholz (D. Vp.), Dr. Dunaus (D.-N.) und Dr. Roienberg (Komm.) das Wort. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, beantwortete zusammenfassend verschiedene Fragen, die sich aus der Diskussion ergeben hatten. Zwei kommunistische Anträge, die den Ratsstige in Deutschland in den Völkerbund und die Einberufung des Reichstagsplenums vor der Völkerbundtagung wünschten, wurden abgelehnt. Hierauf vertagte sich der Ausschuß. Die Einberufung der nächsten Sitzung wurde dem Ermessen des Vorsitzenden überlassen.

nicht eingetreten hat. Die deutsche Politik kann kein Interesse daran haben, sich Spanien zum Gegner zu machen. Was nun Polen anlangt, so hat die polnische Regierung verschiedentlich erklärt, daß sie auch auf den ständigen Ratsstige zurückkommen würde, aber sie hat zu gleicher Zeit deutlich zu erkennen gegeben, daß sie das nicht zu einer endgültigen Entscheidung auf der diesmaligen Tagung bringen werde.

Die Schaffung anderer ständiger Ratsstige außer dem für Deutschland dürfte auf der gegenwärtigen Tagung nicht in Betracht kommen.

Was die Aeußerungen Vanderveldes über eine Ausgleichsmöglichkeit betrifft, so dürfte es sich hierbei wohl in erster Linie um die Wünsche einzelner Mächte handeln, diesmal im voraus eine Zusage in bezug auf die Prolongierbarkeit ihres Mandats zu erhalten, ferner um das eventuelle Fallentfallen der Kassationsklausel. In diesem Zusammenhang muß unterstrichen werden, daß die Wiederwählbarkeit nicht etwa die Wiederwahl bedingt. Es ist aber anzunehmen, daß wohl alle mit nicht-ständigen Sitzen ausgestatteten Staaten eine solche Wiederwahl beantragen. Bei der Vornahme solcher Neuwahlen würde für Deutschland kein Anlaß bestehen, sich gegen das Votum der Bundesversammlung zu wenden, ja es wäre sogar eine Situation denkbar, in der Deutschland für Polen eintritt, damit es nicht außerhalb bleibt und Wirrwarr stiftet. Wenn die Lage so wäre, daß von neuen nicht-ständigen Ratsstigen jedes Jahr drei ausscheiden und eine Wiederwahl nur mit Zweidrittelmehrheit möglich wäre, so könnte man sich mit diesem System abfinden, da hierbei auch der ständige Ratsstige Deutschlands mehr in Erscheinung treten könnte.

Die Zusammenlegung der deutschen Delegation wird beschlossen werden, wenn aus Genf die Nachricht kommt, daß der Aufnahme Deutschlands keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen. Bisher liegt in Berlin noch keinerlei Nachricht darüber vor, ob die Ministerpräsidenten der übrigen Ratsmächte, vor allem Frankreichs und Englands, sich nach Genf begeben werden. — Sollten Parlamentarier nach Genf gehen, so kann selbstverständlich das Recht der Regierung, die Delegation nach ihrem Ermessen zusammenzusetzen, nicht auf die Fraktionen übertragen werden. Wie schon bekannt, sollen hierfür nicht nur die Angehörigen der Regierungsparteien in Aussicht genommen werden. Dadurch wird dem Ausland gegenüber dargetan werden können, daß es in den außenpolitischen Fragen auch bei uns eine geschlossene Front geben kann, wie z. B. in der Frage der Abrüstung und der ganz ungerechtfertigten Kontrollkommission. Wenn bei den Nicht-Regierungsparteien die Befürchtung entstanden ist, daß sie so eine Verantwortung für die Außenpolitik mit übernehmen müßten, so würde regierungsseitig sehr bedauert werden, wenn durch diese Befürchtungen ihre erwünschte Mitarbeit vereitelt würde. Dem Reichsaussenminister hat bei seinem Vorstoß nicht vorgeschwebt, die Regierung von der Verantwortlichkeit zu entlasten. Grundätzlich ist zu diesem Vorschlag eine Zustimmung des Kabinetts bereits erwirkt worden.

**Der Gang der Dinge in Genf**  
wird wahrscheinlich der sein, daß am ersten Tage die Wahl des Präsidiums usw. vorgenommen, und daß am zweiten Tage die drei Modallitäten, die für die Wahl Deutschlands notwendig sind, erörtert werden. Erledigt ist bereits die Tagung der Ausnahmekommission. Sie hat den Eintritt Deutschlands empfohlen. Die Bundesversammlung muß jetzt den Eintritt beschließen. Der Völkerbundrat muß den einstimmigen Beschluß für die Aufnahme Deutschlands fassen, der dann von der Bundesversammlung wieder genehmigt werden muß. Ist das alles erledigt, so würde Deutschland unverzüglich seine Delegation entsenden.

**Besprechungen v. Hoejch' mit Briand.**  
Paris, 26. August. Der deutsche Vorkonferenzen v. Hoejch hatte heute vormittag Unterredungen mit dem Minister des Auswärtigen Briand und dem Generalsekretär im Außenministerium Vertelot. Sie betrafen eine ganze Reihe schwebender Probleme und bezogen sich insbesondere auf die bevorstehende Völkerbundstagung.

**Wachsender Pessimismus in London.**  
Paris, 26. August. Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt, daß der Pessimismus der Londoner Regierung in bezug auf die Genfer Tagung durch den Mißerfolg der Juristenbesprechung noch verstärkt würde. Es sei keine Einigung in der Frage der halbständigen Ratsstige erzielt worden, da sich keine Lösung habe finden lassen, ohne die Empfindlichkeit der kleinen Mächte zu verletzen. Spanien und Polen verlangten die Garantie für ihre halbständigen Ratsstige. Die Juristen hätten daran gedacht, ihnen fünfjährige an Stelle eines dreijährigen Ratsstiges vorzuschlagen. Der Vorschlag scheint jedoch bisher keine Zustimmung gefunden zu haben. (Z. U.)

## Berliner Völkerbundsfreudigkeit.

### Schaffung eines ständigen Ratsstiges außer für Deutschland auf der Septembertagung unwahrscheinlich. Eine Generalübersicht.

Berlin, 26. August. Von autoritativer Seite erfahren wir zu der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund heute noch folgendes: Nach der Tagung des Auswärtigen Ausschusses ist die parlamentarische Erörterung über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zunächst abgeschlossen, da ja das Plenum bekanntlich erst im November d. J. wieder zusammentritt. Der Außenminister Dr. Stresemann hatte bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt, sich mit dem Reichsanwalt Dr. Marx in Verbindung zu setzen. Das wird aber schon morgen erfolgen. In der Kabinettsitzung wird sich der Außenminister ganz eingehend äußern über die Haltung Deutschlands auf der Tagung der Studienkommission, die am 30. August in Genf beginnt. Der deutsche Vertreter in der Studienkommission, der Vorkonferenz in Paris, Herr v. Hoejch, ist bereits auf dem Wege nach Berlin. Man wird mit ihm noch einmal eine eingehende Rücksprache über den gesamten in Betracht kommenden Fragenkomplex im Auswärtigen Amt haben. Nach dem Ergebnis der Studienkommission wird das Kabinett dann die endgültige Zusammenlegung der deutschen Delegation vornehmen. In bezug auf die Fragen, die in Genf erledigt werden sollen, hat zunächst eine große Rolle gespielt der

Besuch Fromageots in Berlin. Dieser Besuch war von der deutschen Regierung zunächst abgelehnt worden, mußte dann aber doch, nachdem sowohl in wie ausländische Blätter von seiner Tatsache Notiz genommen hatten, zugegeben werden. Im Auswärtigen Amt steht man nun grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es in der Politik Dinge gibt, die, solange sie nicht abgeschlossen sind, geheimgehalten werden müssen. Man weiß darauf hin, daß der mit Rußland abgeschlossene Berliner Vertrag nicht möglich gewesen wäre, hätte von seiner Vorbereitung die Öffentlichkeit vorzeitig und sensationell ausgesagene Mittelungen erhalten. Die Angelegenheit Copen-Raimedy hätte zu

einem befriedigenden Abschluß gebracht werden können, wenn die Dinge nicht, in diesem Falle durch das Betreiben Frankreichs, an das Licht der Öffentlichkeit gerast worden wären. Aus diesen Erwägungen heraus sollte auch der Besuch Fromageots geheim gehalten werden. Es sollte auf alle Fälle der Eindruck vermieden werden, daß in Berlin zwischen Deutschland und Frankreich Besprechungen stattfinden, die etwa dem Zweck dienen könnten, die anderen an den Völkerbundfragen beteiligten Mächte vor vollendete Tatsachen zu stellen. Leider wurde aber diese Geheimhaltung, die vorher mit Frankreich vereinbart worden war, durch die französische herliche Fühlungnahme mit dem Vertreter Frankreichs vor dem deutschen Auswärtigen Amt sehr gefährdet, schon allein aus dem Grunde, damit Situationen, wie die vom März diesmal in Genf vermieden werden.

Man glaubt in Berlin, daß jetzt auch eine gewisse Ueber-sicht gewonnen werden kann über das, was in der Studienkommission vor sich gehen wird. Praktisch liegt folgendes vor: Spanien hat den Wiederzusammentritt der Studienkommission bestritten und wird zweifellos seinen Anspruch auf einen ständigen Ratsstige wiederholen. Für Spanien wie für Polen wird in einer Wiederholung des Anspruches auf einen ständigen Ratsstige in erster Linie eine Preisfrage zu sehen sein. Man glaubt also nicht, daß Spanien oder Polen zu der Konvention gelangen, entweder Ratsstige oder Austritt aus dem Völkerbund. Die Möglichkeit, daß durch Kompromisse diese Dinge einer Lösung zugeführt werden können, ist gegeben. — Für Spanien vermag sich gegenwärtig auch die Völkerbundsfrage mit der

Langer Angelegenheit, die zurzeit den Mittelpunkt des politischen Interesses für Spanien bildet. Spanien hat sich auch in dieser Frage schon zu einem Kompromiß bereit gezeigt. Das Auswärtige Amt steht im übrigen auf dem Standpunkt, daß Deutschland hier